13. August 1932

bend
OTEL
irsch
ugust 1932
indengarten
igen Gartensaal
den Damen
Garagen

evue
der Aufenthalt
e (Fünfuhrtee)
Teekonzert
im Festsaal
nz in der Bar

OO

nd, den 13. August
es Konzert
iner Philharmonie
endkonzert
ng des Elbgausängerbundes
ruppe West
Sänger
ermäßigt auf 50 Pf.

KONZERT
ZTES
er Tanz auf der Terrasse
leichlichen Aussicht auf
das Elbtal
NDER-KONZERT
r B. C. Schestak
s u. Gesellschaftsabend

Vabk's altberühmte
Krem-Pralinen
mit feinst. Schokol., täglich frisch, nur Waisenhausstraße 25, gegenüber d. „Ufa“. Gegr. 1883

Nichte Maria
Brief liegt Exped. d. N.

Opernhaus
Geschloss. bis mit 20. Aug.
Schauspielhaus
Geschloss. bis mit 20. Aug.
Albert-Theater
Geschloss. b. Mitte Septbr.
Die Komödie
1/4 9 Lumpchen
Lustspiel von Dario Niccodemi
Central-Theater
Nachm. 4 Uhr u. abends 1/4 9 Varieté-Vorstellung
Residenztheater
1/4 9 Allabendlich Varieté-Vorstellung

IN
Burlesken und das
é-Programm.

76. Jahrgang. Nr. 381 Sonntag, 14. August 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25341
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3,30 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3,30 RM. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 15 Pfg., außerhalb Sachsens 20 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Entscheidende Besprechung bei Hindenburg

Hitler verhandelt mit Schleicher und Papen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. August. Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, ist am Sonnabend früh in Berlin eingetroffen. In der 11. Vormittagsstunde begab sich Hitler zunächst zum Reichswehrminister von Schleicher, mit dem er eine etwa einstündige Besprechung hatte. Im Anschluß daran fuhr Hitler in die Reichskanzlei zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler von Papen. Das weitere Programm ist nun so, daß im Anschluß an die Besprechung Hitler-Papen der Reichskanzler sich zunächst zum Reichspräsidenten begeben wird. Hitler soll dann um 1 Uhr ebenfalls beim Reichspräsidenten erscheinen, und es findet dann die angekündigte Besprechung zu dritt statt.

Damit sind die Regierungsverhandlungen auf ihrem Höhepunkt angelangt. Die Entscheidung wird voraussichtlich im Laufe des Sonnabends fallen.

In der Wilhelmstraße wird nach wie vor betont, daß der Reichspräsident daran festhält, daß die Reichsregierung den Charakter eines Präsidialkabinetts nicht verliert. Das braucht aber noch nicht zu besagen, daß etwa ein Präsidialkabinett unter Hitler damit ausgeschlossen sei. Die Entscheidung liegt in den Händen Hindenburgs. Für den Sonnabendabend ist dann eine Kabinettssitzung vorgesehen. Je nachdem ob die Entscheidung für Hitler positiv oder negativ ausfällt, wird sich das Kabinett entscheiden, ob es seinen Gesamtrücktritt nimmt, ob eine personelle Umgruppierung stattfindet oder ob es in derselben Besetzung wie bisher verbleibt.

In Zentrumskreisen ist man über die schroffe Ablehnung, die die Einladung zu Koalitionsbesprechungen durch die NSDAP. und die Deutschnationalen gefunden hat, heute sehr betrübt. Man versteift sich erneut darauf, daß nur eine parlamentarische Lösung möglich sei und hält es für richtig, die Warnung an die Adresse des Reichspräsidenten und der Rechtsparteien auszustoßen, doch ja nicht den in der Verfassung vorgesehenen parlamentarischen Koalitionsweg zu verlassen.

Ueber das Gespräch, daß Hitler mit Schleicher geführt hat, ist folgendes mitzuteilen:

Wie in politischen Kreisen verlautet, hat Hitler in seiner Unterredung mit dem Reichswehrminister Schleicher erneut die Unabänderlichkeit seines Entschlusses unterstrichen, daß man ihn entweder mit dem Kanzleramt betrauen oder aber auf eine Mitarbeit mit den Nationalsozialisten verzichten müsse. Im Anschluß hieran begann die Unterredung mit dem Reichskanzler. Beim Reichskanzler erschien Adolf Hitler in Begleitung Dr. Fricks. Von seiten der Reichskanzlei nahm an der Unterredung der Staatssekretär der Reichskanzlei, Planck, teil. Die Besprechungen zogen sich ziemlich lange hin. In der Wilhelmstraße harrte eine große Menschenmenge vor den Toren der Reichskanzlei auf das Erscheinen Hitlers.

Die Spannung über die Dinge, die sich hinter den Türen des alten Bismarckpalais abspielen, ist inzwischen aufs höchste gestiegen. Die lange Dauer der Besprechungen mit dem Reichskanzler machte es notwendig, die Unterhaltung mit dem Reichspräsidenten, die ursprünglich für 1 Uhr mittags schon vorgesehen war, auf die späteren Nachmittagsstunden zu verschieben. Sie wird, wie wir hören, erst zwischen 3 und 6 Uhr nachmittags erfolgen. Stimmungsmäßig ist nur so zu berichten,

daß die Lage sich erneut versteift hat.

Man hat offenbar in Kreisen der Reichsregierung zu Unrecht gehofft, Hitler werde von seiner Forderung abzubringen sein. Unter diesen Umständen hängt alles von der Entscheidung ab, die der Reichspräsident von Hindenburg, der noch heute Abend nach Ostpreußen zurückzureisen gedenkt, fällen wird.

*

Die Besprechung beim Reichskanzler v. Papen war um 1,45 Uhr beendet. Die gemeinsame Konferenz beim Reichspräsidenten, an dem dieselben Persönlichkeiten, zu denen noch der Staatssekretär Meißner hinzutritt, teilnehmen werden, ist auf 4,30 Uhr nachmittags anberaumt.

Drei Männer machen deutsche Geschichte

Hindenburg—Papen—Hitler — von diesen drei Männern wird in den Stunden, da diese Zeilen geschrieben werden, über ein Stück deutscher Geschichte entschieden. Kommt es zwischen ihnen zum Bündnis oder zum Konflikt? Zu weiteren Spannungen und Auseinandersetzungen oder zur gemeinschaftlichen Zusammenfassung aller nationalen Kräfte? Das ist die Frage, welche die deutsche Oeffentlichkeit am Wochenende noch immer quälend beherrscht. Sie ist auch durch die ablehnende Antwort, die Hitler dem Reichskanzler auf sein Angebot des Vizekanzleramtes und der preußischen Ministerpräsidentschaft erteilt hat, noch nicht entschieden. Die Frage der nationalsozialistischen Führung oder Opposition ist jetzt offen gestellt. Das letzte Wort liegt beim Reichspräsidenten. Bis es gesprochen ist, kann man nur die Strömungen und Gegenströmungen aufzeigen und die verschiedenen Pläne, die zur Lösung empfohlen werden, auf ihre politische Wirkung hin prüfen.

Drei Auffassungen sind es, die bis zur letzten Stunde um die Geltung ringen. Im Vordergrunde stehend, bisher vom Reichspräsidenten und Reichskanzler vertreten, der Wunsch nach einer Regierungsumbildung unter Aufrechterhaltung des Präsidialcharakters, also unter Papens Führung und Beteiligung nationalsozialistischer Minister in Aemtern, die man freimachen kann. Als zweite Lösung der neuerdings vom Zentrum vorgetragene Wunsch eines Koalitionskabinetts nach alter parlamentarischer Regel, das sich aus einer Mehrheit von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum zusammensetzen und unter Hitlers Führung stehen könnte. Schließlich die nationalsozialistische Forderung nach einem Präsidialkabinett Hitler, das seine Reichstagsmehrheit vorläufig durch Tolerierung der Mitte erhält. Die Aussichten schwankten von Stunde zu Stunde und fast ebenso die Meinungen über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit dieser Lösungen. Betrachtet man sie zunächst vom Standpunkte des Papenkabinetts aus, der auch vom Reichspräsidenten bisher geteilt worden ist, so scheint es, daß die Widerstände gegen die Betrauung Hitlers nicht gegen seine Person gerichtet sind, sondern aus der Befürchtung hervorgehen, daß er als Parteiführer den aufrechtzuerhaltenden Charakter eines überparteilichen Kabinetts zerstören würde. Es fragt sich, ob diese Auslegung des Begriffs Präsidialkabinett nicht allzu ängstlich ist. Brüning hat doch z. B. zwei Jahre lang als Zentrumsführer eine solche autoritäre Präsidialregierung geführt, in der u. a. auch der demokratische Parteiführer tätig war, ohne daß man an der Parteigebundenheit dieser Minister Anstoß genommen hätte. Außerdem wird die Linksopposition die Ueberparteilichkeit eines solchen Kabinetts auf keinen Fall anerkennen, ganz gleich, ob Hitler Kanzler ist oder nicht.

Staatsrechtliche Bedenken kommen dazu. Das Festhalten an einer unabhängigen Regierungsführung durch die Autorität des Reichspräsidenten ist gewiß gut und begrüßenswert. Solange man aber damit im Rahmen der Verfassung bleiben will — und das ist Hindenburgs strenge Absicht —, muß ein solches Kabinett eine Reichstagsmehrheit hinter sich oder zum mindesten keine Mehrheit gegen sich haben. Jede autoritäre Regierung findet somit ihre Grenze dort, wo die jetzt als Grundlage des Regimes funktionierenden Ausnahmerechte des Reichspräsidenten auf einen gesetzmäßig zum Ausdruck gebrachten Widerstand des Volkswillens stoßen. Dieser Fall ist durch die Reichstagswahl eingetreten dadurch, daß ihr Ergebnis dem Reichspräsidenten in der 230-Mann-Fraktion der Nationalsozialisten einen politischen Faktor gegenübergestellt hat, der irgendwie in den Rahmen der Präsidialregierung eingefügt werden muß, wenn überhaupt noch verfassungsmäßig regiert werden soll. Diese Notwendigkeit schließt aber keineswegs den Zwang in sich, zu den überholten Methoden des parteimäßigen Koalitionskuhhandels zurückzukehren.

Um sich darüber klar zu werden, muß man die Folgen genau überdenken, die eintreten, wenn die Regierungsumbildung scheitert, weil die nationalsozialistischen Forderungen nicht erfüllt werden. Das unveränderte Kabinett Papen würde zweifellos im Reichstag nur die Unterstützung von etwa 45 Abgeordneten finden und eine riesenhafte Mehrheit gegen sich haben. Unter diesen Umständen wäre ein verfassungsmäßiges Weiterregieren undenkbar. Reichswehrminister v. Schleicher hat diesen Gedanken wiederholt abgelehnt, und auch an der bekannten Verfassungstreue Hindenburgs würden abenteuerliche Pläne dieser Art unweigerlich scheitern. Der einzige Ausweg, der für die Papenregierung bliebe, wäre eine nochmalige Reichstagsauflösung. Sie hätte nur Sinn in der Zielrichtung gegen den widerspenstigen Nationalsozialismus. Hätte die Regierung durch seine Schwächung Erfolg, dann wäre

Die Bekämpfung des Terrors in Preußen

Ein Erlaß Dr. Brachts an alle Polizeibehörden

Berlin, 13. August. Der kommissarische preußische Innenminister hat an alle Polizeibehörden einschließlich Landjägereien folgende Anweisung gegeben:

Nachdem die Verordnung des Reichspräsidenten gegen politischen Terror vom 9. August 1932 ergangen ist, haben die Polizeibehörden und Landjägereibeamten alle Kräfte und

alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um jeden Fall eines Terroraktes auf dem schnellsten Wege aufzuklären.

Die bestehenden landeskriminalpolizeilichen Bestimmungen bieten eine vollkommen ausreichende Grundlage zur Erfüllung dieser Aufgaben. Sie geben dafür Gewähr, daß im gesamten Staatsgebiet, insbesondere auch in den kleineren Städten und auf dem flachen Lande, die mit allen technischen Hilfsmitteln ausgerüsteten großstädtischen Kriminalpolizeien jederzeit eingreifen können. Ich weise alle in Betracht kommenden Dienststellen nachdrücklichst darauf hin, daß sie der zuständigen Landeskriminalpolizeistelle unverzüglich (fernmündlich, drahtlich, auf dem Funkwege oder durch besondere Boten) von allen Terrorakten Meldung zu machen haben.

Die Landeskriminalpolizeistellen werden angewiesen, falls erforderlich, eine Mordkommission zu entsenden.

Sie haben zu diesem Zweck eine ausreichende Anzahl von Mordkommissionen in ständiger Bereitschaft zu halten. Zur Unterstützung dieser Mordkommission der Landeskriminalpolizeistellen sind für den Bezirk jeder Landjägereiinspektion eine oder nach Bedarf mehrere Hilfsmordkommissionen aus den Reihen der dafür vorgebildeten und besonders geeigneten Landjägereibeamten zu bilden. Die Hilfsmordkommissionen müssen aus mindestens drei Beamten bestehen. Sie sind mit dem gesamten erforderlichen, im Bezirk der Landjägereiinspektion zur Verfügung stehenden kriminaltechnischen Gerät auszustatten. Nötigenfalls hat die Landeskriminalpolizeistelle verfügbares Gerät der Hilfsmordkommission leihweise zu überlassen.

Die Hilfsmordkommissionen sind an einem für das fragliche Gebiet möglichst günstig gelegenen Orte ständig bereitzuhalten und mit einem in ständiger Fahrbereitschaft befindlichen Kraftwagen auszurüsten. Für dauernde Fernsprechverbindung ist zu sorgen. Der ständige Sitz der Hilfsmordkommission und ihre Fernsprechverbindung sind den Polizeibehörden, den Landjägereibeamten und der Bevölkerung bekanntzugeben. Ausreichende Ablösung ist sicherzustellen.

Waffenabgabe im Fundbüro

Hamburg, 13. August. Die Waffensuche der Hamburger Polizei im Gängeviertel, die 26 brauchbare Handfeuerwaffen mit dazugehöriger Munition zutage förderte, hat, wie die Polizeipressestelle mitteilt, zur Folge gehabt, daß Personen, die sich widerrechtlich im Besitz von Waffen befanden, sich ihrer zu entledigen trachteten. So sind in den letzten Tagen nicht weniger als 25 zum Teil geladene Schußwaffen von der Polizei gefunden oder als Fundsachen bei ihr eingeliefert worden. Während im Zusammenhang mit der Waffensuche am 9. August bekanntlich wichtiges Material über den illegalen Rotfrontkämpferbund gefunden wurde, hat die am 12. August mittags im Einvernehmen mit den preußischen polizeilichen Dienststellen erfolgte Durchsuchung der Geschäftsstellen der kommunistischen Partei und ihrer Nebenorganisationen nichts Belastendes ergeben. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß alles, was für die Polizei von Interesse sein könnte, vorweg beiseitegeschafft worden ist.

Ein kommunistischer Bubenstreich

Oppeln, 13. August. (Eigene Drahtmeldung.) Ein SA.-Führer, der von Beruf Förster ist und sich mit seinem Motorrad nachts auf der Heimfahrt befand, stürzte bei Friedrichsgrätz über einen Telephonmast, der quer über die Chaussee gelegt worden war. Der Förster brach das Rückgrat und starb unmittelbar nach dem Sturz. Von Nationalsozialisten wird mit Bestimmtheit angenommen, daß der Förster das Opfer eines kommunistischen Anschlags geworden ist. Es sei festgestellt worden, daß die Abfahrt des Försters von Kommunisten beobachtet und weitergemeldet worden sei.

Fleschs Rücktritt vollzogen

Berlin, 13. August. Die Reichsrundfunkgesellschaft teilt mit: Der Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern hatte gestern und heute Besprechungen mit dem Intendanten der Berliner Funkstunde, Dr. Flesch, über die künftige Gestaltung des Rundfunkprogramms. Hierbei konnte ein Einvernehmen nicht erzielt werden. Dr. Flesch hat hierauf um seine Abberufung als Intendant der Berliner Funkstunde ersucht. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Intendanten hat die Reichsrundfunkgesellschaft bis auf weiteres Dr. Duske, den bisherigen Leiter des Programmausschusses der deutschen Rundfunkgesellschaften, beauftragt.